

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Jorge Scholz

## Benazir Bhutto verhaftet

Auf dem Höhepunkt einer schon seit Wochen anhaltenden landesweiten Protestkampagne des aus vier Parteien bestehenden Oppositionsbündnisses PDA 'Pakistan Democratic Alliance' ist am 18. November zusammen mit weiteren prominenten Oppositionspolitikern auch die ehemalige Premierministerin Benazir Bhutto verhaftet worden. Die Vorsitzende der bedeutendsten Oppositionspartei PPP ('Pakistan Peoples Party') hatte von der nordpakistanischen Stadt Rawalpindi aus versucht, eine 40.000-köpfige Menschenmenge in die 15 Kilometer entfernte Hauptstadt Islamabad zu führen, um dort vor dem Parlament für die Absetzung der Regierung Nawaz Sharif und Neuwahlen zu demonstrieren. Im Vorfeld der angekündigten und von der Regierung verbotenen Großkundgebung sind nach Angaben eines Regierungssprechers 1600 der mit Bussen und Bahnen anreisenden Demonstranten festgenommen worden. Die Opposition spricht sogar von 18.000 Verhafteten. Sprecher der PPP bestätigten die Meldung, daß Benazir Bhutto inzwischen nach Karachi gebracht worden sei, wo sie unter Hausarrest stehe. Als Reaktion auf die Verhaftungswelle kam es in mehreren Großstädten zu Straßenschlachten zwischen Sicherheitskräften und Anhängern der früheren Regierungschefin, wobei die Polizei Knüppel und Tränengas einsetzte, um die aufgebrachten Bhutto-Sympathisanten auseinanderzutreiben. In Lahore wurde ein Polizist von einer wütenden Menschenmenge gelyncht. Nach Agenturmeldungen sperren Sondereinheiten der Polizei die Verbindungsstraßen zwischen Rawalpindi und Islamabad, während schwerbewaffnete Patrouillen an strategisch bedeutsamen Punkten Stellung bezogen. Nach Karachi (siehe 'Südasiens' 7/92) soll sich nun auch die Hauptstadt im Belagerungszustand befinden. Der allgemeine Unmut der Bevölkerung über die durch Korruptionsskandale und das Ausscheren mehrerer Koalitionspartner geschwächte Regierung der konservativen und gemäßigt is-

lamischen Kräfte erhielt vor allem nach der Flutkatastrophe im September neuen Auftrieb, als Millionen von Menschen obdachlos wurden, und sich Politiker und Behörden als unfähig erwiesen, den Betroffenen rasch und unbürokratisch zu helfen. Spontan gespendetes Geld, Kleidung und andere Hilfsgüter verschwanden in privaten Taschen. Als Folge der enormen Ernteverluste stiegen vor allem die Lebensmittelpreise um bis zu 30 Prozent, was die Not der Flutopfer und der Millionen am Rand des Existenzminimums lebenden Armen des Landes weiter verschärft hat.

## Acht Todesurteile vollstreckt

Im Gefängnis von Rawalpindi und weiteren Städten sind am 15. November acht zum Tode Verurteilte hingerichtet worden. Nach Angaben des stellvertretenden Gefängnisdirektors von Rawalpindi wurden damit erstmals seit sechs Jahren wieder Todesurteile vollstreckt. Unter den Gehängten befand sich nach den vorliegenden Berichten auch der 17jährige Ateeq Ahmad, der wegen Tötung eines Neffen des pakistanischen Generalstabschefs Asif Nawaz verurteilt wurde. Zum Zeitpunkt der Tat war Ahmad erst 16 Jahre alt. Ein Jugendstrafrecht gibt es in Pakistan nicht. Die letzte Hinrichtung in Pakistan fand während der Militärdiktatur von Präsident Zia-ul-Haq statt. 1988 begnadigte die damalige Premierministerin Benazir Bhutto alle zum Tode Verurteilten und schaffte die Todesstrafe ab, die nach ihrer Entmachtung von den gegenwärtig regierenden Konservativen wieder eingeführt wurde. Gnadengesuche aller jetzt Hingerichteten hatte Präsident Ghulam Ishaq Khan abgelehnt. Seitdem überall im Land eingerichtete sogenannte "Special courts" Prozesse gegen mutmaßliche Kapitalverbrecher im Schnellverfahren abwickeln, füllen sich die Todeszellen rasch: Weitere 150 Hinrichtungen sind bereits angekündigt.

## Pakistan im UN-Sicherheitsrat

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat Pakistan für zwei Jahre als nichtständiges Mit-

glied des UN-Sicherheitsrates gewählt. Pakistan gehört erstmals dem Kreis der zehn Staaten an, die neben den fünf ständigen Mitgliedern China, Frankreich, Großbritannien, GUS und USA das einflußreichste Gremium der Weltorganisation repräsentieren. Die Wahl Pakistans muß im Zusammenhang der internationalen Bemühungen um eine Lösung der Kaschmir-Frage gesehen werden, die als Kernproblem des indisch-pakistanischen Dauerkonflikts gilt. Die Großmächte erhoffen sich von der Einbindung Pakistans in weltpolitische Verantwortung größere Flexibilität in der Kaschmirpolitik. Der Generalsekretär im pakistanischen Außenministerium, Akram Zaki, ließ jedoch bereits wissen, daß sich die Position Pakistan in dieser Frage durch die Wahl in den Sicherheitsrat nicht verändern werde.

## Armeeintervention im Sindh verlängert

Bei einem Treffen der Armeeführung mit dem Präsidenten und dem Premierminister am 23. Oktober in Islamabad ist beschlossen worden, die Präsenz der Armee in der Südprowinz Sindh (siehe 'Südasiens' 7/92) um zunächst zwei weitere Monate zu verlängern. Ursprünglich war der Rückzug der Militärs für den 19. November vorgesehen. Über das weitere Vorgehen soll bei einem erneuten Treffen im Januar entschieden werden. Die "Operation clean-up" genannte Armeeaktion soll der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Wiederherstellung der in dieser Region praktisch zusammengebrochenen öffentlichen Ordnung dienen. Seit Mai diesen Jahres hat die Armee deshalb im Sindh faktisch die Macht übernommen.

## Protestmarsch in Kaschmir

Um an den "Black day" genannten Jahrestag der Landung indischer Truppen am 27. Oktober 1947 auf dem Flughafen der kaschmirischen Hauptstadt Srinagar zu erinnern - was nach pakistanischer Lesart den Beginn der widerrechtlichen Besetzung Kaschmirs durch Indien markiert -, hatte ein

'Jammu and Kashmir Democratic Alliance' genanntes Bündnis verschiedener kaschmirischer Widerstandsorganisationen zum 24. Oktober zu einem grenzüberschreitenden Massenprotestmarsch aufgerufen. Schon zum dritten Mal in diesem Jahr versuchten daraufhin 10.000 Demonstranten, die scharf bewachte indisch-pakistanische Waffenstillstandslinie von der pakistanischen Seite zu überqueren, um für die Einheit und Unabhängigkeit des von Indien und Pakistan beanspruchten Kaschmirs zu demonstrieren. Um einen gefährlichen Grenzzwischenfall in der politisch sensiblen Region zu vermeiden, blockten pakistanische Si-

cherheitskräfte den Demonstrationsszug mit massivem Aufgebot schon zwölf Kilometer vor der eigentlichen Grenze ab. Dabei kam es zu Schießereien, bei denen ein Polizist getötet und auf beiden Seiten mehr als 40 Menschen verletzt wurden. Um weitere Zwischenfälle zu vermeiden, verhafteten pakistanische Behörden am 27. Oktober mehr als 100 führende Mitglieder des national-kaschmirischen Widerstandes.

#### Neue Personalausweise mit Religionszugehörigkeit

Die Regierung hat am 14. Oktober beschlossen neue Personalausweise

auszugeben, in denen auch die Religionszugehörigkeit des Inhabers vermerkt ist. Sprecher der religiösen Minderheiten, vor allem Christen und Hindus, befürchten, daß dies der Auftakt für Diskriminierungen der Nichtmuslime unter der zu 95 Prozent islamischen Bevölkerung sein könnte. In mehreren Städten kam es in den vergangenen Wochen als Reaktion wiederholt zu größeren Demonstrationen der Betroffenen. Bei einer Kundgebung in der punjabischen Provinzhauptstadt Lahore wurden am 15. November nach Polizeiangaben sieben Christen wegen "Erregung öffentlichen Ärgernisses" verhaftet (siehe dazu auch ausführlichen Beitrag in dieser Ausgabe).

## Interview:

### Neuorientierung in Süd- und Zentralasien

Wie der Umsturz in Afghanistan und der Bürgerkrieg in Tadschikistan beweisen, steht die Region Süd- und Zentralasiens nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges vor der politischen Neuordnung. Akteure wie Iran und Türkei, aber auch Indien und Pakistan wetteifern in dem Großraum um Macht und Märkte. Eine Analyse aus pakistanischer Sicht bietet das folgende Interview mit dem Generalsekretär für Außenpolitik, Akram Zaki, das Jorge Scholz für 'Südasiens' in Islamabad führte. Akram Zaki gilt als geschäftsführender Außenminister Pakistans, seitdem der langjährige Außenminister Yacoob Khan im vergangenen Jahr nach dem Golfkrieg entlassen wurde. Bei der Kabinetterweiterung im August 1991 ist Akram Zaki nominell zwar ein Staatsminister namens Siddique Khan Kanju zur Seite gestellt worden, der jedoch kaum Einfluß besitzt.

Sie sind soeben von einem ersten offiziellen Besuch in Rußland, einer Art "fact-finding-mission", zurückgekehrt. Werden wir in Zukunft als Ergebnis Ihrer Gespräche in Moskau einen fundamentalen Wandel der bisher eher frostigen pakistanisch-russischen Beziehungen erleben?

Was die neuesten Entwicklungen betrifft, ist dies eine wichtige Frage. Wie Sie wissen, hat sich in der ehemaligen Sowjetunion vieles verändert. Wir haben auf dem Boden der ehemaligen UdSSR 15 Nachfolgestaaten, obwohl die Russische Föderation, die ja auch den Sitz der Sowjetunion als Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat eingenommen hat, als die wirkliche Erbin gelten kann. Allerdings haben wir zur Kenntnis genommen, daß die neue Russische Föderation in der Afghanistan-Frage und zu Südasiens betreffenden Problemen eine außenpolitische Linie verfolgt, die sich von der der ehemaligen Sowjetunion unterscheidet. Deshalb wollen wir einen Neuanfang in unseren Beziehungen versuchen. Mein Besuch sollte diesem Wunsch der pakistanischen Regierung nach einem Neuanfang in den beiderseitigen Beziehungen Ausdruck verleihen, und dem Aufbau einer solchen freundschaftlichen und kooperativen Zusammenarbeit, die es vorher nicht gab, dienen. Nach meinem Eindruck sind auch die Russen dazu bereit. Meine Gesprächspartner in Moskau stimmten mit mir darin überein, daß die Außenpolitik der Sowjetunion gegenüber den Ländern Südasiens unausgewogen und einseitig gewesen sei, und betonten mir gegenüber, daß sie für die Zukunft realistischere und ausgewogene Beziehungen anstrebten.

Außerdem wurde meine Analyse geteilt, daß die sowjetische Intervention in Afghanistan für die gesamte Region zu ernsthaften Konsequenzen geführt hat. Dies möchte man auf russischer Seite korrigieren. Wir haben ein gemeinsames Interesse daran, in Afghanistan wieder Frieden und Stabilität herzustellen, in Zentralasien den friedlichen Übergang abzusichern, und Frieden und Sicherheit in Südasiens zu wahren. Dieser Ansatz bietet uns die Gelegenheit, unsere ökonomischen und kommerziellen Beziehungen zu verbessern. Gemeinsam haben wir ein Dokument ausgearbeitet, das die Agenda unserer neuen, verbesserten Beziehungen fixiert, und das demnächst von den politischen Führern beider Staaten unterzeichnet wird.

#### Ist auch über eine mögliche Zusammenarbeit auf sicherheitspolitischem Gebiet und über die Lieferung von Rüstungsgütern an Pakistan gesprochen worden?

Wenn zwei Staaten neue Beziehungen zueinander aufnehmen und gemeinsame Interessen entwickeln, können sich Schritt für Schritt weitere Felder für eine mögliche Zusammenarbeit erschließen.

Zentralasien ist politisch gesehen zur Zeit die vielleicht dynamischste Region der Erde. Vor allem die immer grausamer ausgetragenen ethnischen Konflikte in gleich mehreren der jungen Republiken beunruhigen die Internationale Staatengemeinschaft. Glauben Sie, daß die blutigen Bürgerkriege dort auch